

Überlegungen zur Geschichte der deutschen Ostpolitik seit den 1960er Jahren

Die nachfolgenden Überlegungen sind entstanden aus der Auseinandersetzung mit Thomas Urbans Buch „Verstellter Blick – Die Deutsche Ostpolitik“. Ich nehme seine überaus kritischen Einschätzungen zu den Wirkungen der Entspannungspolitik seit den Tagen Willy Brandts nicht nur zum Anlass für eine historische Nachbetrachtung. Zugleich möchte ich auch zeigen, dass die offenkundigen Fehler der deutschen Russland-Politik vor allem nach 2014 nicht einfach einer Kontinuität von Illusionen und Fehleinschätzungen zu verdanken sind, deren Anfang bis in die 1960er Jahre zurückreichte. Ich gehe vielmehr davon aus, dass die Bedingungen für eine Politik gegenüber der Sowjetunion in der Zeit des Kalten Krieges ganz andere waren als diejenigen, die sich nach 1990 und besonders nach 2014 gegenüber Russland stellten. Die These einer „Kontinuität des Illusionismus“, die sich bei der Lektüre von Urbans Schrift trotz einzelner anerkennender Bemerkungen über Brandt geradezu aufdrängt, wird m.E. der historischen Wirklichkeit nicht gerecht. Das mindert nicht den Wert seiner Kapitel zur polnischen Innenpolitik oder zu „Juden und Antisemiten“. Hier aber geht es allein um die deutsche Ostpolitik vor und nach 1990.

1. Wandel durch Annäherung

Die Geschichte der neuen (west)deutschen Ostpolitik beginnt mit einer Tagung der Evangelischen Akademie in Tutzing im Juli 1963. Bei dieser Tagung sprach der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, von der Notwendigkeit eines neuen Verhältnisses zwischen Ost und West. Tags darauf kleidete Brandts engster Mitarbeiter Egon Bahr diesen Neuansatz in die Formel „Wandel durch Annäherung“. Wenn es richtig sei, dass zunehmende Spannung „Ulbricht und die Zone“ stärke, gelte umgekehrt, dass nur Entspannung eine Chance zum friedlichen Wandel im Osten schaffen könne. Dazu müsse man dem Stabilisierungsbedürfnis der anderen Seite zunächst ein Stück entgegenkommen. Damit die Auflockerung von Mauer und Grenze möglich werde, müsse das Risiko für die Gegenseite „erträglich“ sein.

Hintergrund für diese neuen konzeptionellen Überlegungen Berliner Sozialdemokraten bildeten der Mauerbau 1961 und die nach der Kuba-Krise 1962 wachsenden Entspannungssignale in Washington. Der Mauerbau hatte gezeigt, dass eine Politik der Stärke gegenüber der DDR die Zementierung der deutschen Spaltung wie der staatssozialistischen Diktatur nicht hatte verhindern können. Ein Neuansatz musste her, wollte man etwas in Bewegung bringen. Gleichzeitig nahm die Neigung der westlichen Bündnispartner ab, Fortschritte in den Ost-West-Beziehungen immer wieder durch die harte Haltung der Westdeutschen und ihrem Beharren auf Rechtsansprüche blockiert zu sehen.

In der Bundesrepublik löste Bahrs Rede zunächst vor allem Kritik aus. Die Unionsparteien waren entsetzt. Noch galt die Hallstein-Doktrin mit dem Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung, einzig legitime Vertretung aller Deutschen zu sein. Das Zeigen von DDR-Symbolen in der Bundesrepublik blieb eine Straftat, gegen die auch polizeilich eingeschritten wurde. Als der Westberliner Senat zu Weihnachten 1963 ein Passierscheinabkommen mit der DDR aushandeln wollte, um Verwandtenbesuche über die Feiertage zu ermöglichen, war Bonn zunächst dagegen, weil das ja Kontakte zu DDR-Behörden bedeuten musste.

Doch bald erfuhren Brandt und Bahr publizistische Unterstützung durch die Hamburger Magazine SPIEGEL, STERN und ZEIT. Das half. Dazu kam der ost- und deutschlandpolitische Schwenk der FDP, der bei der Annäherung zwischen SPD und FDP in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine entscheidende Rolle spielte. Und 1965 warb eine Denkschrift der EKD bei den Deutschen dafür, sich mit dem Verlust der deutschen Ostgebiete abzufinden.

Zwar gelang es der SPD in der Großen Koalition, die ab Dezember 1966 das Land regierte, nicht, neue Weichenstellungen in der Ostpolitik durchzusetzen. Die Union hing in den alten Konstellationen und Rechtsansprüchen fest. So war es dann erst der Wahlsieg der Sozialliberalen im September 1969, der die Voraussetzungen für einen politischen Durchbruch schuf.

2. Die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition

Mit der Wahl Willy Brandts zum Bundeskanzler und der Bildung der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 war die Chance verbunden, diesen Neuansatz in der Ost- und Deutschlandpolitik umzusetzen. Dabei bildete die angestrebte Neuregelung des Verhältnisses zur Sowjetunion, zu Osteuropa und zur DDR die wichtigste Grundlage der SPD/FDP-Regierung. Die Hallstein-Doktrin musste fallengelassen, die Staatsqualität der DDR eingeräumt und eine vertragliche Vereinbarung mit der Sowjetunion geschlossen werden. Schon in seiner Regierungserklärung sprach Brandt einen Satz aus, der wenige Jahre zuvor noch als unerhört gegolten hätte. Mit seiner Feststellung, dass es „zwei Staaten in Deutschland“ gebe, beendete er die jahrelange haarspalterische Diskussion über das „Phänomen DDR“.

Die neue Bundesregierung ging davon aus, dass wesentliche Fortschritte in der Ostpolitik nur zu erreichen waren, wenn zuerst vertragliche Vereinbarungen mit der Sowjetunion getroffen wurden. So reiste Staatssekretär Egon Bahr im Januar 1970 als Emissär nach Moskau. Zuvor hatte sich Brandt in Washington die Rückendeckung der westlichen Führungsmacht gesichert.

Bis Mai 1970 verhandelte Bahr viele Stunden mit der sowjetischen Führung. Das Ergebnis bestand in dem sog. „Bahr-Papier“, das die Grundlage bildete für das im August 1970 in Moskau unterzeichnete Gewaltverzichtsabkommen mit der Sowjetunion. Danach verzichteten beide Seiten nicht nur in ihren bilateralen Beziehungen auf jede Art der Gewaltanwendung. Sie verpflichteten sich auch zur Achtung der territorialen Integrität aller europäischen Staaten und zum Verzicht auf jegliche Gebietsansprüche. Gleichzeitig erklärte die Bundesrepublik ihre Absicht, solche Verträge auch mit Polen, der DDR und der CSSR zu schließen.

Den heikelsten Punkt der Verhandlungen bildete das Ringen um eine Formulierung, durch die die Anerkennung der bestehenden Grenzen nicht als Verzicht auf eine mögliche deutsche Wiedervereinigung interpretiert werden konnte. Das hätte im Widerspruch zum Wiedervereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes gestanden. Schließlich akzeptierten die Sowjets den Vorschlag, einen von der Bundesregierung geschriebenen „Brief zur deutschen Einheit“ als Nebenabrede zum Vertrag zur Kenntnis zu nehmen. Damit war zum Leidwesen der DDR-Führung auch die lange geforderte vollständige völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD vom Tisch. Eine solche Anerkennung würde freilich allen anderen westlichen Staaten offenstehen, sobald es zu einer vertraglichen Regelung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten gekommen war. BRD und DDR sollten hernach gemeinsam in die UNO aufgenommen werden.

Wenige Monate später folgte mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages im Dezember 1970 das zweite Abkommen, mit dem die BRD ihre Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern normalisierte. Dabei war auch die kommunistische Staatsführung im Polen unglücklich darüber, dass über die Anerkennung der polnischen Westgrenze, die den wichtigsten Punkt des „Warschauer Vertrages“ ausmachte, in Moskau vorentschieden worden war. Das polnische Selbstbewusstsein ertrage es nicht, dass sich Deutsche und Russen über die Köpfe der Polen hinweg verständigten, teilte Staatspräsident Cyrankiewicz Brandt mit.

Stärker als der Vertragstext selbst hat sich eine symbolische Geste in der Erinnerung der Menschen festgesetzt, die in der deutschen Innenpolitik seinerzeit noch heftig umstritten war: Der Kniefall Willy Brandts bei der Kranzniederlegung für die Opfer des Warschauer Gettoaufstands von 1943.

Der nächste Schritt in der neuen Ostpolitik bestand in einer vertraglichen Regelung mit der DDR. Dazu musste aber zunächst eine erträgliche Regelung für den Status von Berlin getroffen werden, was ja nur die vier alliierten Siegermächte des zweiten Weltkrieges leisten konnten. Unter inoffizieller Mithilfe der Bundesregierung kam es dann im September 1971 zum Viermächteabkommen über Berlin, das die Voraussetzung bildete für die folgenden Regelungen zwischen den beiden deutschen Staaten über den Transitverkehr von und nach Berlin und über den Reise- und Besuchsverkehr zwischen Ost- und Westberlin.

Damit waren jetzt die Voraussetzungen geschaffen für den im Mai 1972 folgenden Verkehrsvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und für den Grundlagenvertrag vom Dezember 1972. Mit ihm wurde zwar keine volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR vollzogen, wohl aber eine Quasi-Anerkennung. Danach sollten zwar keine Botschaften in Bonn bzw. Ostberlin eröffnet werden, wohl aber „Ständige Vertretungen“. Dies sollte das Sonderverhältnis der beiden deutschen Staaten unterstreichen. Grundlage für ihre Beziehungen sollte das Völkerrecht sein, wonach beide Seiten die Souveränität und territoriale Integrität des jeweils anderen achteten. Die DDR fand sich widerstrebend auch damit ab, dass ihre Bürger nach bundesdeutschem Recht ebenso als deutsche Staatsbürger galten wie die Bundesdeutschen selbst.

Auf dieser Basis erfolgte dann der Beitritt der beiden deutschen Staaten zur UNO im September 1973. Kurz darauf wurde mit der CSSR-Regierung noch ein weiterer Vertrag geschlossen. 1973/74 kam es dann zur Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen fast allen westlichen Staaten und der DDR.

Die Vertragswerke der Regierung Brandt reihten sich in jenen Jahren ein in internationale Entspannungssignale. Nach dem Harmel-Bericht der NATO hatten Verhandlungen über die Begrenzung der atomaren Hochrüstung und zu Truppenreduzierungen in Europa begonnen. 1973 kam es zu einer ersten Abrüstungsvereinbarung zwischen den USA und der Sowjetunion bei den Interkontinentalraketen (SALT1). Einen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung durch den KSZE-Vertrag, der im Sommer 1975 in Helsinki von allen europäischen Staaten mit Ausnahme Albanien sowie von den USA und Kanada unterschrieben wurde. Die Schlussakte von Helsinki enthielt drei „Körbe“. Korb 1 stellte die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Europa fest (bei Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker), Korb 2 enthielt Vereinbarungen über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Korb III regelte humanitäre Fragen, worunter auch ein „Recht auf Ausreise“ fiel. Gerade diese Vereinbarungen entwickelten später eine Dynamik in Osteuropa, die kaum jemand vorausgesehen hatte. Nicht nur viele DDR-Bürger stützten ihren Wunsch auf Ausreise auf die KSZE-Vereinbarung.

In der BRD war die Vertragspolitik Brandts heftig umstritten. Vor allem die Unionsparteien und die Vertriebenenverbände liefen Sturm dagegen („Verzicht ist Verrat“). Brandt überstand im April 1972 ein konstruktives Misstrauensvotum nur knapp und die Ratifizierung der Ostverträge durch das Parlament stand lange in Frage. Selbst nach dem klaren Wahlsieg Brandts im Herbst 1972 ging die Fundamentalopposition der Union weiter. Wäre es nach ihr gegangen, hätte die Bundesregierung den KSZE-Vertrag 1975 gar nicht unterzeichnet.

Mit dem Wechsel von Brandt zu Schmidt 1974 kam es auch zu Akzentverschiebungen in der Ostpolitik. Für Schmidt konnte Entspannung nur funktionieren, wenn über Rüstungskontrollpolitik das militärische Gleichgewicht in Europa gehalten werden konnte. Helmut Schmidt war es dann auch, der mit einer Rede im Oktober 1977 darauf hinwies, dass das militärische Gleichgewicht in Europa durch die Modernisierung sowjetischer Mittelstreckenraketen in der DDR (SS 20) gefährdet sei. Daraus entstand schließlich der NATO-Doppelbeschluss vom Dezember 1979, der die Stationierung

neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen vor allem in der BRD für den Fall ankündigte, dass sich die Sowjetunion bis 1983 nicht bereit zeigte, ihre Mittelstreckenraketen abzuziehen.

In dieser Zeit geriet die Entspannungspolitik auch aus anderen Gründen in eine Krise. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan Weihnachten 1979 sorgte für eine starke Eintrübung des Ost-West-Verhältnisses. Die Sowjets wollten ihren kommunistischen Freunden zu Hilfe kommen, die über den Versuch einer Art „Modernisierungsdiktatur“ heftige Widerstände vor allem der konservativen islamischen Landbevölkerung provoziert hatten. Sichtbarste Konsequenz dieser Eintrübung war der Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau 1980 durch zahlreiche westliche Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Die wirtschaftlichen Beziehungen – die BRD war inzwischen der wichtigste westliche Handelspartner der Sowjetunion geworden – blieben davon freilich kaum berührt. Und Helmut Schmidt gelang es, bei seinen Gesprächen in Moskau im Sommer 1980 Breschnew zur Aufnahme von Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen zu bewegen.

Mit der aus Streikaktionen an der Danziger Lenin-Werft 1980 hervorgegangenen polnischen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc sahen sich entspannungsgeneigte westliche Politiker in der gleichen Zeit unvermutet mit einem neuen Problem konfrontiert. Hatte man bislang bei der Hoffnung auf eine Öffnung der diktatorischen politischen Systeme des Ostens fast ausschließlich auf Dialog mit den Parteieliten, auf Ausweitung von Handel und kulturellem Austausch gesetzt, hatte man jetzt auch mit einer systemkritischen Massenbewegung in Polen zu tun, deren Wirkungen zu einer ökonomischen und politischen Destabilisierung in Polen führten. Im Laufe des Jahres 1981 erwarteten viele ein Eingreifen der Sowjetunion.

Bei dem jetzt nötigen Spagat zwischen Dialog mit den Regierenden und einer klaren Unterstützung der Solidarnosc sind einige führende Sozialdemokraten in Bonn regelrecht abgestürzt. Dass Herbert Wehner im Juni 1981 davon sprach, dass entschlossene Maßnahmen in Polen nötig seien und es leider nicht ohne Gewalt abgehen werde und Egon Bahr Anfang 1982 schrieb, die nationalen Interessen der Polen müssten der Erhaltung des Friedens untergeordnet werden, war mehr als nur peinlich. Auch Helmut Schmidts Fernsehinterview beim Treffen mit Honecker am Werbellinsee, als er zur Ausrufung des Kriegsrechts in Polen meinte, dass Honecker genauso bestürzt gewesen sei wie er, „dass dies nun notwendig war“, musste den Eindruck erwecken, er billige das Vorgehen von General Jaruzelski. Schmidt, den Urban an dieser Stelle besonders aufs Korn nimmt, hat freilich schon wenige Tage darauf diesen Eindruck in einer Bundestagsrede zu korrigieren versucht. Später – noch vor der Einheit – hat er von einem „schrecklichen Dilemma“ gesprochen, das zwischen der „sittlichen Pflicht zum Eingreifen“ und einer Realität, in der man „politisch nichts Wesentliches“ habe tun können, bestanden habe. Zweifellos überwog bei vielen maßgeblichen SPD-Politikern damals das Interesse an außenpolitischer Stabilität, was für sie die Entwicklung in Polen unwillkommen erscheinen ließ. Gerade für Kanzler Schmidt aber lässt sich das nun so eindeutig nicht sagen. Es sei denn, man verlässt sich auf den Bericht, den Erich Honecker darüber Jaruzelski gegeben hat.

3. Die Ostpolitik der Regierung Kohl bis 1989

Mit dem erfolgreichen Misstrauensvotum gegen Helmut Schmidt begann im Oktober 1982 die lange Regierungszeit von Helmut Kohl. Gemessen an der Oppositionsrhetorik der 1970er Jahre zeigte sich bald eine erstaunlich starke Kontinuität in der Politik gegenüber den östlichen Nachbarn. Zwar setzte die neue Regierung die öffentlich so heftig umstrittene Raketenstationierung im November 1983 durch. Doch gleichzeitig suchte man die Eintrübung des Ost-West-Verhältnisses nach Kräften zu begrenzen. Das galt besonders für das deutsch-deutsche Verhältnis, in dem sich die Regierung mit zwei spektakulären Milliardenkrediten für die DDR 1983 und 1984 bereit zeigte, zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung der DDR beizutragen. Zwar stelle Kohl rhetorisch stärker als sein Vorgänger die Wiedervereinigung als langfristiges Ziel deutscher Politik heraus. Aber gleichzeitig

pflegte er den Kontakt mit Honecker und war auch zur aktiven Mitwirkung an einer deutsch-deutschen „Sonderentspannung“ bereit, die 1983/84 zu einigem Missfallen bei beiden Großmächten führte. Auf Druck der Sowjets musste der 1984 schon fest terminierte Besuch Honeckers in der Bundesrepublik abgesagt werden. Er fand dann 1987 statt. Schon im Dezember 1984 war ein „Sonderkanal“ zwischen den Beauftragten der beiden Regierungen eingerichtet worden. Regelmäßig trafen jetzt Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble und Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski zu vertraulichen Besprechungen zusammen.

Nach dem Machtantritt von Michael Gorbatschow im Kreml brauchte die Bonner Bundesregierung zunächst einige Zeit, um zu einer klaren Haltung zu den weitreichenden Abrüstungsvorschlägen zu finden, mit denen Gorbatschow nun aufwartete. Zunächst war es vor allem Außenminister Genscher, der dafür plädierte, die Vorschläge der neuen sowjetischen Führung nicht als Propaganda abzutun. Kanzler Kohl sorgte dann mit einem völlig missratenen Interview, in dem er den sowjetischen Parteichef mit Goebbels verglichen hatte („der verstand auch was von PR“), für einen Rückschlag. Etwa ab 1987 änderte sich das. Nach heftigen Debatten im Kabinett stimmte die Bundesregierung 1987 der doppelten Nulllösung bei den atomaren Mittelstreckenraketen zu. Die gerade erst stationierten Waffen konnten wieder abgezogen werden.

Als Erich Honecker im September 1987 zu seinem Staatsbesuch nach Bonn reiste, wurde ihm von vielen Seiten freundliche Anerkennung als „deutscher Patriot“ zuteil. Nach seinem Aufenthalt in Bonn hätten ihn am liebsten alle Ministerpräsidenten in ihren jeweiligen Landeshauptstädten empfangen. Den Abschluss der Visite bildete sein Aufenthalt in München, wo ihn Franz-Josef Strauß mit besonderen Ehren empfing. Für die Mehrheit der Westdeutschen war es damals eher eine rhetorische Pflichtübung, dass Helmut Kohl vom „Bewusstsein für die Einheit der Nation“ gesprochen hatte. Für sie gehörte die deutsche Zweistaatlichkeit inzwischen zur festen Konstante ihres Weltbildes.

Das galt vor allem für Sozialdemokraten und Grüne. Bei der Mehrheit der Sozialdemokraten hatte sich inzwischen ein Stabilitätsdenken verankert, das sich Veränderungen in der DDR nur noch als Systemwandel von oben vorstellen konnte. Entsprechend schwer tat man sich damit, ein Verhältnis zu den wachsenden Anzeichen oppositioneller Regungen in der DDR zu finden. Damit taten sich manche Grüne zwar leichter, die schon seit 1983 versuchten, den Dialog mit den Machthabern mit einer Unterstützung für DDR-Oppositionsgruppen zu verbinden. Der Mainstream der Partei aber bezweifelte die Fortexistenz einer deutschen Nation. Otto Schily hatte 1983 sogar das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz streichen wollen. Einige hielten die DDR sogar für das bessere Deutschland.

Aber auch in der Union trat Generalsekretär Heiner Geißler Ende 1988 dafür ein, den Begriff der Wiedervereinigung aus dem Leitantrag für den Parteitag herauszunehmen. Und im Dezember 1988 formulierte Helmut Kohl in einer Regierungserklärung: „Wir haben kein Interesse daran, dass die inneren Schwierigkeiten in der DDR weiter zunehmen“. Ähnlich äußerte sich Kanzleramtsminister Schäuble im Februar 1989.

Insoweit entsprach Brandts Satz von der „Wiedervereinigung als Lebenslüge der deutschen Politik“ in seinem 1989 veröffentlichten Memoirenband nur einem zu jener Zeit bestehenden Grundkonsens der bundesdeutschen Politik von der Union bis zu den Grünen. Als die Bundesrepublik am 23. Mai 1989 ihren 40. Geburtstag feierte, konnte sich in Bonn niemand vorstellen, dass schon 18 Monate später die deutsche Zweistaatlichkeit Geschichte sein würde.

Dass Urban ausgerechnet Brandt als Kronzeuge für den Illusionismus der Entspannungspolitik heranzieht und davon spricht, erst im Angesicht des Mauerfalls „änderte (er, H.K.) seine Meinung ein weiteres Mal“, wird Brandts Rolle in jenen dramatischen Umbruchzeiten ganz und gar nicht gerecht.

Ich bin selbst Zeuge seiner Rede zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen gewesen und habe gehört, wie er sagte „ich will offen meinem Empfinden Ausdruck geben, dass eine Zeit zu Ende geht, in der es sich vor allem darum handelte, durch viele kleine Schritte den Zusammenhalt der Nation bewahren zu helfen...Berlin wird leben und die Mauer wird fallen“. Kein bundesdeutscher Politiker von Rang hat so früh begriffen, was die historische Stunde geschlagen hatte. Brandt war dann ja auch der SPD-Politiker, der dem designierten Kanzlerkandidaten Lafontaine und seinem einheitsskeptischen Kurs im Wahljahr 1990 am deutlichsten widersprach. Brandt hat als SPD-Parteivorsitzender 1985 sicher einen Fehler gemacht, als er bei seinem Besuch in Warschau nicht auf einem Treffen mit Walesa bestand. Aber die Bewertung, die er bei Urban erfährt, ist zutiefst ungerecht und entspricht nicht der historischen Wahrheit.

Nicht der historischen Wahrheit entspricht übrigens auch sein Urteil über Gorbatschow. Nicht nur, dass die Faktenlage z.T. falsch dargestellt wird. Gorbatschow hat keineswegs erst unter dem Eindruck der DDR-Volkskammerwahl vom März 1990 begriffen, dass die Deutsche Einheit nicht mehr zu verhindern war. Bereits am 7. Februar hatte er Helmut Kohl in Moskau versichert, die staatliche Einheit sei eine Frage, die die Deutschen selbst zu entscheiden hätten.

Bei Urban werden Ronald Reagan und die amerikanische Hochrüstung der frühen achtziger Jahre, die Solidarnosc, der Papst und dazu noch das Volk der DDR als entscheidende Faktoren für das Ende der Ostblocksysteme genannt. Gorbatschows Rolle dagegen werde weit überschätzt, meint er. Das mag ja in Polen von vielen so gesehen werden. Historisch aber ist es einfach falsch. Hätte Gorbatschow im Zuge seiner Reformpolitik nicht auch die „Breschnew-Doktrin“ von der begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder aufgegeben und durch die „Sinatra-Doktrin“ (My way) ersetzt, wäre die Entwicklung in Polen, die 1989 halbfreie Wahlen ermöglichte, gar nicht denkbar gewesen. Und das gilt auch für die Entwicklung in der DDR im Herbst 1989. Immerhin waren zu dieser Zeit 400.000 sowjetische Soldaten in der DDR stationiert. Was wäre denn gewesen, wenn die nicht in ihren Kasernen geblieben wären? Gorbatschow hat eine Entwicklung hingenommen, die er so sicher nicht gewollt hatte. Aber er hat sie möglich gemacht, indem er sich ihr nicht entgegengestellt hat. Nie in der Geschichte ist ein Weltreich so relativ unblutig von der weltgeschichtlichen Bühne abgetreten wie 1989/90 das „rote Imperium“. Darin liegt ein weltgeschichtlich unschätzbare Verdienst eines tragischen Helden. Dass beim Versuch, den staatlichen Zerfall der Sowjetunion aufzuhalten, in Georgien und Litauen auch Gewalt angewandt wurde, mindert dieses Verdienst allenfalls wenig. Man könnte fast von einem Zerrbild sprechen, das Urban von Gorbatschow zeichnet.

4. Zur Bilanz der Entspannungspolitik bis 1990

Es ist ein historisches Faktum, dass die Entspannungspolitik vor allem für die Deutschen mit vielerlei Erleichterungen und Verbesserungen verbunden war. Schon im Jahr nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrags mit der DDR stieg die Zahl der Reisen von Bundesbürgern in die DDR auf fast das Doppelte (von 1,4 auf 2,3 Mio.). Umgekehrt konnten jetzt 52.000 DDR-Bürger unterhalb des Rentenalters die Bundesrepublik besuchen. Zwar galten hier bis zum Ende starke Restriktionen; in der Regel waren als „politisch nicht zuverlässig“ geltende Menschen auch dann von Reisen ausgeschlossen, wenn sie „dringenden Familienangelegenheiten“ galten. Und fast nie durften Paare gemeinsam reisen. Doch bis zum Ende der DDR stieg die Zahl der Reisegenehmigungen auf ca. 400.000 pro Jahr.

Mit dem Vertrag entstanden erleichterte Bedingungen für jede Form der Familienzusammenführung. Dabei spielte DDR-Anwalt Vogel mit seinem direkten Draht zu Erich Honecker eine wichtige Rolle. Mit dem Grundlagenvertrag entstanden Arbeitsmöglichkeiten für journalistische Korrespondenten in der DDR. Zwar waren diese mancherlei Restriktionen ausgesetzt und kam es auch wiederholt zu Ausweisungen von Westjournalisten. Dennoch sorgten sie für einen deutlich größeren

Informationsfluss, zumal die Berichte der TV-Journalisten über das Westfernsehen auch in der DDR zu sehen waren. Nicht zuletzt waren die Korrespondenten auch eine Anlaufstelle für oppositionelle DDR-Bürger. Sie haben dann auch bei der Eskalation der Proteste im Herbst 1989 eine wichtige Rolle gespielt.

Über den in der Regel über RA Vogel führenden Kanal sind zwischen Mitte der 1970er Jahre und 1989 insgesamt etwa 250.000 Anträge auf Übersiedlung in die BRD genehmigt worden. Die bereits 1964 begonnenen Praxis der Häftlingsfreikäufe hat bis zum Mauerfall zur Freilassung von 34.000 politischen Gefangenen und ihre Übersiedlung in die BRD geführt. Dafür wurden anfangs etwa 35.000 DM pro Kopf „gezahlt“, am Ende fast 100.000 DM. So moralisch problematisch diese Praxis auch war, mit der ich ab 1983 als zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuss auch persönlich in Berührung gekommen bin: Hätte man die Leute lieber in den DDR-Knästen lassen sollen?

Mit den Ostverträgen sind auch Regelungen entstanden, die geregelte Beziehungen in Wirtschaft, Kultur und Sport ermöglichten. Und nicht zuletzt haben auch die Berliner profitiert: Mit den jetzt eindeutigen Transitregelungen war ein geregelter Reise- und Besuchsverkehr von und nach Westberlin möglich, nachdem in den Jahren zuvor mehr oder weniger willkürliche Schikanen der DDR-Grenzorgane die PKW-Reise durch die DDR zum mehr oder weniger unkalkulierbaren Abenteuer gemacht hatte.

Schon bald nach den Verträgen wurde sichtbar, dass viele Fortschritte einer Grundlinie folgten: Menschliche Erleichterungen nur gegen Cash. Die ab Mitte der 1970er Jahre immer devisenhungrigere DDR war zu Zugeständnissen vor allem dann bereit, wenn im Gegenzug die begehrte DM floss. Auf dieser Linie bewegte sich ja dann auch der Milliardenkredit, über den Strauß 1983 mit Honecker verhandelte. Die „Gegenleistung“ der DDR für den mit staatlichen Garantien abgesicherten Kredit bestand im Abbau der Selbstschussanlagen an der deutsch-deutschen Grenze. Und für harte DM nahm die DDR auch die Einlagerung westdeutschen Sondermülls in Kauf.

Kaum überschätzt werden kann schließlich die Bedeutung des KSZE-Vertrages von 1975. Der Korb III, der auch das Recht auf Ausreise vorsah, wurde später zum zentralen Bezugspunkt für Ausreisewillige und Oppositionsgruppen nicht nur in der DDR, sondern auch in vielen anderen Ländern des Ostblocks. Nicht auszudenken, was geschehen wäre, hätte sich die Auffassung von CDU und CSU durchgesetzt, dass die schönen Worte nur über die hässlichen Realitäten im Osten hinwegtäuschten. Die BRD hätte sich international vollkommen isoliert.

Dass die Entspannungspolitik auch mit Risiken einherging, liegt auf der Hand. Die neue Ostpolitik bedeutete zunächst auch eine Aufwertung und damit indirekte Stabilisierung der Ostblocksysteme. Die Intensivierung der Handelsbeziehungen und des Güteraustausches brachte der östlichen Seite ökonomische Vorteile und Einnahmen, die auch zu militärischen Zwecken verwendet wurden. Sie brachte der DDR weltweite Anerkennung und auch Teile der öffentlichen Meinung in der BRD zu einer gewissen Verharmlosung der Unrechtsregimes. Gar nicht zu reden von jenem Teil der neuen Linken im Westen, die in jenen Jahren den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur aus dem Blick verloren. Das hat sich sogar auf die Wissenschaft ausgewirkt: Weil auch in der DDR-Forschung im Westen bald niemand mehr als „Kalter Krieger“ gesehen werden wollte, genossen Zahlen und vermeintliche Fakten aus der DDR übergroße Glaubwürdigkeit, was dazu führte, dass die ökonomische Stärke der DDR überschätzt wurde, was sich im Prozess der Einheit als überaus nachteilig herausstellen sollte. Natürlich hat die Entspannungspolitik auch ökonomisch stabilisierende Konsequenzen vor allem für die DDR und die Sowjetunion gehabt. Das gilt für die Milliardenkredite zugunsten der DDR, aber auch für den Milliardenkredit, den die BRD 1975 Polen als Gegenleistung für die Übersiedlung von 120.000 Spätaussiedlern gewährte. Dazu war die Entspannungspolitik auch mit einem Ausbau der Staatssicherheitsorgane im ganzen Ostblock

verbunden. Die Staatsmacht lockerte den direkten Zugriff auf die Bürger. Aber gleichzeitig suchte man sie umfassender zu erfassen und alle Anzeichen von offener Opposition genauer zu überwachen. Entspannungspolitik sei „Imperialismus auf Filzlätschen“ hatte man im DDR-Politbüro schon 1970 gefürchtet.

Aber kann das ein Einwand sein gegen die grundsätzliche Richtigkeit einer Politik, die angesichts festgefahrener Konfrontationslinien nach neuen Wegen suchte, die versteinerten Verhältnisse in Bewegung zu bringen? Wohl kaum. Es ist wohlfeil, bei Kenntnis des Ausgangs der Geschichte einzelne Fehler der Entspannungspolitik zu kritisieren. Niemand konnte zur Zeit der Kanzlerschaft Brandts wissen, welchen Weg die Geschichte nehmen würde. Deswegen ist die These, die Entspannungspolitik habe die Deutsche Einheit und den Zusammenbruch des Ostblocks erst möglich gemacht, genauso falsch wie die Gegenthese, nach der die Entspannungspolitik die Existenz der diktatorischen Ostblocksysteme stabilisiert und unnötig verlängert habe. Es gab um 1970 keine wirkliche Alternative dazu, wie ja viel später auch viele Christdemokraten eingestanden haben, die zunächst dagegen Sturm gelaufen waren.

5. Zur Russlandpolitik nach 1990

Die allerersten Monate nach dem Vollzug der staatlichen Einheit in Deutschland standen zunächst im Zeichen wachsender Sorge über die befürchteten Konsequenzen einer Auflösung der Sowjetunion. Dabei spielte die Angst vor der unkontrollierbaren Weitergabe atomaren Materials ebenso eine Rolle wie die Furcht vor wirtschaftlichem Chaos und riesigen Flüchtlingsströmen. Hinzu kamen Dankbarkeitsgefühle gegenüber Gorbatschow, dem man helfen wollte, sein Land zu stabilisieren. Dazu trat ein Unverständnis gegenüber ethnonationalistischen und mitunter auch religiösen Triebkräften der Geschichte. Weil die westlichen Eliten zu Beginn der 1990er dazu neigten, dass der Nationalstaat im Grunde bereits Geschichte sei, unterschätzten sie die zentrifugalen Kräfte, die beim Zerfall der Sowjetunion ebenso wirksam wurden wie beim Auseinanderbrechen der Bundesrepublik Jugoslawien. Das gilt natürlich besonders für Helmut Kohl, aber auch für George Bush, der noch im Juni 1991 in Kiew ausdrücklich vor den Konsequenzen der Auflösung der Sowjetunion gewarnt hatte.

Nachdem das alles nichts genutzt hatte, war die westliche Ostpolitik der 1990er Jahre vor allem von drei Fragen bestimmt: 1. Hilfe bei der ökonomischen und politischen Stabilisierung von Jelzins Russland. 2. Das künftige Verhältnis der NATO-Staaten zu Russland. 3. Reaktion auf die immer lauter vorgetragenen NATO-Beitrittswünsche osteuropäischer Staaten.

Zwar fielen die Möglichkeiten zur Stabilisierung der chaotischen Entwicklungen in Russland bescheiden aus, doch gelang Jelzin 1996 mit westlicher Unterstützung die Wiederwahl ins Präsidentenamt. Bei der künftigen Rolle Russlands in der internationalen Sicherheitsarchitektur kam es zwar zu einigen Ergebnissen wie z.B. die Einrichtung des NATO-Russlandrates. Ab etwa 1996 stieg die Bereitschaft im Westen, den Beitrittswünschen der Osteuropäer stärker entgegenzukommen. Ob es hier einen Zusammenhang zur Brutalität im ersten Tschetschenienkrieg gibt, wie Urban behauptet, ist ein interessanter Gedanke. Belegt ist das freilich genauso wenig wie die These, Kohl habe Clinton und Chirac von der NATO-Osterweiterung überzeugt. Ich war bislang davon ausgegangen, dass es vor allem innenpolitische Gründe in den USA waren, die zu Clintons Sinneswandel führten.

Kohl wie Clinton suchten Jelzin davon zu überzeugen, dass ein NATO-Beitritt Polens und Ungarns für Russland ebenso wenig eine Gefahr darstelle wie die Annäherung der drei baltischen Länder an den Westen. Überdies drohe Russland von der NATO keine Gefahr. Diese Versicherungen schienen zunächst auch von Erfolg gekrönt. Jelzins Russland nahm die erste NATO-Erweiterungsrunde hin. Das Land steckte in jener Zeit in einer schweren Wirtschaftskrise, mit der viele Menschen zum zweiten Mal ihre Ersparnisse verloren.

Gleich nach seiner Wahl zum Jelzin-Nachfolger distanzierte sich Wladimir Putin vom Stalinismus und den gewaltsamen Interventionen der Roten Armee in Ostberlin, Budapest und Prag. Er könne verstehen, warum so viele Angst vor der SU hatten und heute vor Russland haben. Gegenüber Clinton – wie später nochmal gegenüber NATO-Generalsekretär Robertson – bezeichnete Putin in 2000 auch eine NATO-Mitgliedschaft Russlands als vorstellbar. In seiner Bundestagsrede sprach er 2001 von einer „Sicherheitspartnerschaft auf Augenhöhe“ zwischen den USA, Russland und Europa.

In der gemeinsamen Ablehnung des von einer „Koalition der Willigen“ unter Führung der USA begonnenen Irakkrieges entstand dann 2003 die „Achse Berlin-Paris-Moskau“, die bei der persönlichen Annäherung zwischen Schröder und Putin eine wichtige Rolle spielte. Schröders Neigung, Außenpolitik vor allem als Außenwirtschaftspolitik zu verstehen, begründete seine besondere Affinität zu Geschäften mit Russland und China. Dies trug dann erheblich dazu bei, dass er noch als Kanzler übergroßes Verständnis für Putins „gelenkte Demokratie“ erkennen ließ und sich im TV-Auftritt bei Reinhold Beckmann 2004 sogar zu der Aussage verstieg, er halte Putin für einen „lupenreinen Demokraten“. Mitten im Bundestagswahlkampf unterschrieb er 2005 schließlich noch als Kanzler den Vertrag über den Bau der Erdgas-Pipeline Nordstream 2 – zur Verärgerung der Polen, die bald von einem „Schröder-Putin-Pakt“ sprachen. Dass Schröder dann nur wenige Wochen später kurz nach seiner Ablösung als Bundeskanzler als Aufsichtsratsvorsitzender der deutsch-russischen Gesellschaft für Entwicklung und Bau der Ostsee-Pipeline in die Dienste des russischen Staatskonzerns Gazprom trat, sorgte auch in Deutschland damals schon für Irritationen.

6. Exkurs: Zu den energiewirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland und ihrer politischen Bedeutung

Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine gehört es fast zum Common Sense der deutschen Öffentlichkeit, die energiewirtschaftliche Abhängigkeit von russischem Öl und vor allem russischen Erdgas zu beklagen. Allenthalben wird eine verfehlte Russland-Politik kritisiert, die dafür verantwortlich sei. Kurzsichtig und blauäugig habe man es versäumt, die Energieversorgung so zu diversifizieren, dass eine solche Abhängigkeit hätte vermieden werden können. Sehenden Auges habe man sich in die Arme eines brutalen Aggressors geworfen, der sein Gas jetzt als Erpressungsinstrument einzusetzen versucht.

Schon Donald Trump hatte es gewusst: „Deutschland ist für mich Gefangener Russlands, weil es so viel Energie aus Russland bezieht“ (Trump beim NATO-Gipfel in Brüssel 2018). Ende 2019 hat er dann ein Sanktionsgesetz gegen am Bau von Nordstream 2 beteiligte Verlegeschiffe unterzeichnet, was den Weiterbau der Pipeline stark verzögert hat.

Wer sich etwas genauer mit der Geschichte der deutsch-russischen „Energiebeziehungen“ beschäftigt, wird rasch feststellen, dass solche Warnungen amerikanischer Präsidenten vor einer energiewirtschaftlichen Abhängigkeit Deutschlands von Russland alles andere als neu sind. Schon John F. Kennedy hat den widerstrebenden Konrad Adenauer 1962 per NATO-Beschluss dazu gezwungen, ein Röhrenembargo für die westdeutschen Firmen zu verhängen, die seit 1958 umfangreiche Lieferungen in die Sowjetunion getätigt hatten, um die gewaltigen Erdgasfelder im Ural und im nordwestlichen Sibirien zu erschließen und den Export nach Westeuropa zu ermöglichen. Das große Geschäft „Röhren gegen Energielieferungen“ hat also keineswegs erst mit der Ostpolitik Brandts begonnen.

Schon 1966 wurde das Röhrenembargo wieder einkassiert. Das neutrale Österreich schloss dann 1968 einen Vertrag mit der Sowjetunion über den Bezug von Erdgas gegen die Lieferung von Röhren. Ein neues Anschlussstück der Sojus-Pipeline sollte von der Westukraine bis Wien, ein Abzweig dann nach Bayern führen. In Bonn hielt man einen Anteil der Sowjetunion an der (west)deutschen Erdgasversorgung von 20% nicht für problematisch. Schon im Sommer 1969 verhandelte der

damalige Chef der Ruhrgas AG in Moskau über einen Vertrag, nach der die SU für 20 Jahre jährlich 3 Mrd. Kubikmeter Erdgas liefern sollte. Für die dazu nötige Verlängerung der Pipeline sollten die Stahlkonzerne Mannesmann und Thyssen 1,2 Mio. Großröhren an die SU verkaufen. Anteilseigner der Ruhrgas AG und damit im Boot waren mit BP und Shell auch britische bzw. niederländische Unternehmen.

Im Februar 1970 wurden die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Die Erdgasmenge war zwar im Vergleich zur Kapazität von Nordstream 2 bescheiden. Aber der Vertrag bildete nur den Auftakt zu einer ganzen Reihe von Folgeverträgen. 1973 floss dann das erste „Russengas“ nach Deutschland. Folgeverträge ermöglichten den weiteren Ausbau des Gastransitsystems aus dem Ural durch die Ukraine. An der Pipeline „Druschba“ arbeiteten zwischen 1974 und 1978 25.000 Arbeiter aus der DDR. Sie setzten dort Großrohre aus deutscher und italienischer Produktion zusammen.

Zum großen Zankapfel zwischen Bonn und Washington wurde dann in der zweiten Ölpreiskrise nach der iranischen Revolution die sog. „Jamal-Pipeline“. Während Kanzler Helmut Schmidt eine deutsche Beteiligung für unbedingt nötig hielt, drängte US-Präsident Carter nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan auf Wirtschaftssanktionen gegen die SU, zu denen auch die weitere Einschränkung der Lieferung von Hochtechnologie in die SU nach der sog. Cocom-Liste gehören sollte. Das gefährdete das Projekt. Otto Wolf von Amerongen, damals Chef im Ostausschuss der deutschen Wirtschaft, schreibt dazu in seinen Memoiren: „Die Herren in Washington verbissen sich in die Vorstellung, die BRD gerate in eine höchst gefährliche Abhängigkeit von Moskau“.

Der neue US-Präsident Reagan versuchte dann alles Mögliche, um den Vertrag durch das Verbot von Exportlizenzen zu verhindern. Die Ministerpräsidenten der EG-Länder aber wandten sich einhellig gegen die US-Sanktionspolitik. Auch Mitterand unterstützte Schmidt. Am Ende gab Reagan nach. Ende 1981 wurde der Vertrag zwischen der Ruhrgas AG und Gazprom, das damals anders hieß, unterzeichnet. Danach würden bis 2008 jährlich acht Mrd. Kubikmeter Erdgas in die BRD fließen, weitere zwölf Mrd. in die anderen westeuropäischen Länder. Helmut Kohl hielt dann an diesem Projekt fest. Die Pipeline wurde freilich erst 1995 fertiggestellt.

Die lange und verwickelte Geschichte des Erdgas-Röhren-Geschäfts würdigt Urban mit dem Satz, das Geschäft hätte der Sowjetunion Deviseneinnahmen beschert, mit denen dann die Aufrüstung finanziert worden sei. So einfach war es nun wirklich nicht.

Ich kann nicht erkennen, dass der Versuch verschiedener bundesdeutscher Regierungen und wichtiger Unternehmen, die riesigen Erdgasfunde in der ehemaligen Sowjetunion für eine Diversifizierung der deutschen Energieversorgung zu nutzen, grundsätzlich falsch gewesen wäre. Das gilt besonders für die Zeit nach der ersten Energiepreiskrise ab 1973, der sog. Ölkrise. Zumal die Gegenseite sich stets als überaus vertragstreu herausstellte. Zu wichtig waren der SU seinerzeit die entsprechenden Deviseneinnahmen.

Dass die deutsche Energiepolitik nach 1990 diese Grundlinie fortsetzte, erscheint erst einmal nur folgerichtig. Warum hätte man Erdgasgeschäfte mit Russland nach dem Ende des Sowjetsystems kritischer sehen sollen als zuvor? Hinzu kommt ein weiterer Punkt: Der Wandel der energiepolitischen Ziele in Deutschland. Mit der allmählichen Durchsetzung „grüner“ energiepolitischer Ziele, die auf den Verzicht auf Atomkraftnutzung und auf Kohle hinausliefen, musste preisgünstiges russisches Erdgas immer mehr eine Schlüsselrolle bei der mittelfristigen Sicherung einer ausreichenden und bezahlbaren Energieversorgung erhalten. Da eine vollständige Substitution der Energieträger Kohle und Atom durch regenerierbare Energieträger zumindest auf Zeiträume von zwanzig Jahren nicht möglich ist, gerät Gas als der fossile Energieträger mit der vergleichsweise am wenigsten schädlichen Klimabilanz gerade für Deutschland in die Schlüsselrolle

einer Art Brückentechnologie. Insoweit trifft ein Verzicht auf russisches Erdgas die Umsetzung der grünen energiepolitischen Ziele in besonderer Weise.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Energiepolitik selbst der Regierung Schröder auch bis zur Unterzeichnung des Nordstream-Vertrages durchaus nachvollziehbar. Auf einem anderen Blatt stehen freilich die persönlichen Interessen des Ex-Kanzlers. Dass Schröder schon kurz nach seinem Abschied aus dem Kanzleramt Aufsichtsratsvorsitzender der Ostsee-Pipeline-Gesellschaft wurde, war auch Ende 2005 schon vorwerfbar.

Nachvollziehbar ist auch die deutsche Kritik an den Einwänden von Amerikanern, Polen und Ukrainern am Nordstream-Projekt in dieser Zeit. Polen und die Ukraine fürchteten um eigene Transiteinnahmen aus dem Betrieb der Jamal-Pipeline, wenn preisgünstiges Gas durch die Ostsee-Pipeline fließen würde. Und die USA drängten mit ihrem Fracking-Gas auf den europäischen Markt und würden sich mit dem Nordstream-Gas einer unwillkommenen Konkurrenz ausgesetzt sehen.

7. Die Fehler der deutschen Russland-Politik

Das eigentliche Problem der deutschen Russland-Politik liegt in der allzu langen Unterschätzung der aggressiven Komponenten der Politik von Putins Russland. Wir haben – das gilt auch für mich – allzu lange daran geglaubt, dass Putin zumindest ähnlich berechenbar sein würde wie es die Kreml-Herren seit Chruschtschow in ökonomischen Fragen gewesen sind. Peter Graf Kielmannsegg hat in einem überaus lesenswerten FAZ-Artikel im Frühjahr von der ehemaligen Sowjetunion für die Zeit nach 1956 von einer „Status-Quo“-Macht gesprochen, die in Europa – nicht anderswo – auf bloße Erhaltung ihrer Macht orientiert war. Wir haben es nicht für möglich gehalten, dass im 21. Jahrhundert ein Machthaber auftreten würde, der allen Ernstes in schlechtester imperialistischer Tradition eine Revision der Ergebnisse der Geschichte anstreben und dafür einen brutalen Angriffskrieg entfesseln würde. Und der sich inzwischen sogar zum globalen Herausforderer des westlichen Zivilisationsmodells geriert.

Wir haben zu lange die Zeichen der autoritären Transformation der russischen Gesellschaft nicht genau genug gesehen. Wir haben die Morde und Giftanschläge gegen Kritiker und Oppositionelle wahrgenommen, aber keine Konsequenzen gezogen. Zu lange genoss Putin auch bei uns im Westen sogar ein gewisses Ansehen als jemand, der das Chaos der Jelzin-Jahre beendet und so etwas wie ein Steuersystem überhaupt erst aufgebaut hat. Ich selbst habe bei einer Reise nach Petersburg 2009 sehr viel Zustimmung von Russen zu Putin erlebt. „Der schafft Ordnung“, „der macht uns wieder groß“ – solche und ähnliche Redensarten konnte man damals hören. Ich will nicht Äpfel mit Birnen vergleichen: Aber wenn man die Geschichte der dreißiger Jahre kennt, kann man sich der Parallelen kaum erwehren, die einem mit dem Wissen von heute in den Sinn kommen.

Wo lag der Umschlagpunkt? Wann hätten wir sehen können, vielleicht sehen müssen, dass Putin nicht nur kein „lupenreiner Demokrat“, sondern eine echte Gefahr sogar für den Weltfrieden zumindest werden kann? Sicher nicht beim brutalen Vorgehen im zweiten Tschetschenien-Krieg. Brutal waren beide Seiten. Auch nicht 2008 beim kurzzeitigen Georgien-Krieg, weil das Vorgehen der georgischen Regierung in Verkennung der Haltung des Westens auch nicht klug war. Aber spätestens 2014, nach der Annexion der Krim und der Entfesselung des Krieges im Donbass hätten wir alle gewarnt sein müssen. Gewiss, der Westen hat Sanktionen beschlossen und Angela Merkel hat bei den Minsker Vereinbarungen mitgewirkt. Das alles aber hat die allzu pazifistische und jetzt wirklich objektiv illusionistische Verfasstheit der deutschen Gesellschaft nicht grundsätzlich tangiert. Und bald schon war hinter vorgehaltener Hand zu hören, ob die Krim nicht eigentlich doch russisch sei und die internationale Anerkennung der Annexion nur eine Frage der Zeit. Hier liegen die Fehler, die z.T. auch meine eigenen sind. Nicht in irgendeiner tief in der Geschichte wurzelnden Kontinuität sozialdemokratischer Entspannungsillusionen.